



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

B/IV/163

9. November 1949

Rundfunk und Bundestag

Von Jürgen F. Warner

Die Sitzungen des Bundestags sind öffentlich. Sind sie es wirklich? Die Plätze der Publikumstribüne stehen jedermann offen, aber nicht jeder hat die Möglichkeit, davon Gebrauch zu machen. Die Abgelegenheit der vorläufigen Bundeshauptstadt, die Tatsache, dass die Sitzungen fast immer mit den Arbeitszeiten der meisten Menschen zusammenfallen und schliesslich der beschränkte Raum bringen es mit sich, dass sich der Kreis derjenigen, die den Bonner Tagungen tatsächlich unmittelbar beiwohnen können, fast ausschliesslich auf die Wenigen beschränkt, die in beruflicher Beziehung zu den Bundesbehörden stehen.

Eine mitwirkende Teilnahme aller, wie sie in den Schweizer Landgemeinden beste Wirklichkeit ist, wäre das Ideal der Demokratie. Sie ist in der Wirklichkeit unseres Bundestages, der für eine Millionenbevölkerung spricht, nicht zu erreichen. Hier wenigstens die Möglichkeit einer miterlebenden Teilnahme des Volksganzen zu schaffen, ist die Aufgabe des Rundfunks. Das Gefühl des unmittelbaren "Dabei-seins" kann in ungeahnter Masse das politische Interesse in breiten Kreisen wecken, das nötig ist, um den Sinn demokratischer Arbeit verständlich zu machen. Die Mittel der Presse, noch so meisterhaft gehandhabt, sind durch den ewigen Platzmangel beschränkt und genügen dafür nicht. Allein der Rundfunk kommt dem Erfordernis der möglichst unmittelbaren Teilnahme an parlamentarischen Geschehen am nächsten. Die Direktübertragung von Ausschnitten der Plenarsitzung, von Kernstücken wichtiger Reden mit ihrer Untermauerung von Beifall und Ablehnung, mit Zwischenrufen und Protesten, gibt eine Atmosphäre des "Dabei-seins", wie sie

keine andere Form der Berichterstattung je erreichen kann.

Über die Erweckung der politischen Anteilnahme hinaus ist dieses Miterleben der Bonner Arbeit am Lautsprecher besser als jedes

andere Mittel geeignet, den Willen zur politischen Objektivität zu fördern. Man ist allzuleicht geneigt, Politik mehr mit dem

Gefühl als mit dem Verstand zu treiben und die Meinung des anderen zu überhören. Das unmittelbare Miterleben der Bonner Verhandlungen

am Lautsprecher aber zwingt die Hörer, die Argumente aller Parteien auf sich wirken zu lassen, sich mit dem direkten Eindruck vom Wesen

der verschiedensten politischen Persönlichkeiten auseinanderzusetzen. Wer erst einmal eine Direktübertragung aus Bonn eingeschaltet

hat, und viele werden das tun, da das Gefühl "dabei zu sein" etwas Verlockendes hat, wird in seinem Interesse auch dann kaum

nachlassen, wenn Politiker sprechen, deren Ansichten er ablehnt. Aus Meinung und Gegenmeinung formt sich die Demokratie. Niemand

kann beide Momente sachlicher nebeneinanderstellen als das Mikrophon und auf diese Weise völlig unbeeinflusst den Hörer selbst zum Nach-

denken zwingen.

Es sind Bedenken aufgetaucht gegen den mithörenden Rundfunk im Sitzungssaal des Bundeshauses. Man will in der direkten Rund-

funktübertragung eine Gefahr für die Arbeitsatmosphäre des Bundestags sehen. Man befürchtet, dass das die Abgeordneten verleiten

wird, nicht nur zu ihren Kollegen zu sprechen, sondern Propagandareden an die unsichtbar gegenwärtige Millionenöffentlichkeit zu

halten. Doch übersehen diese Einwände, dass die mittelbare Öffentlichkeit, gegeben durch Zuhörertribünen und Journalisten, die Ab-

geordneten aller Parlamente veranlasste, die Wirkung ihrer Ausführungen auf die Aussenwelt zu berechnen. Das Vorhandensein des

Mikrophons kann den einzelnen Redner nur dazu treiben, seine Argumente noch sorgfältiger zu formulieren. Die Mahnung: "Volk hört mit"

als Menetekel vor den Augen jedes Abgeordneten am Rednerpult scheint durchaus geeignet, die sachliche parlamentarische Arbeit zu fördern.

Abgeordnete, die glauben, mit Rücksicht auf die Rundfunköffentlich-

9.11.1949

Rundfunköffentlichkeit deklamieren und nicht argumentieren zu müssen, werden bald aus der Reaktion der hörenden Wähler lernen, dass der

Lautsprecher im Heim etwas anderes ist als der Lautsprecher in einer Volksversammlung. In diesem Rahmen wirkt jedes überbetonte Pathos

unwahrhaftig, stösst alle unsachliche Demagogie ab. Der Wille zur sachlichen parlamentarischen Auseinandersetzung kann daher durch die

Rundfunkübertragung nur gestärkt, nicht aber gefährdet werden.

Die deutschen Rundfunksender haben mit ihren Direktübertragungen aus der Arbeit des Bundestages in Bonn einen guten Weg eingeschlagen.

Sie haben die Tribünen in Bonn für alle Schichten der Bevölkerung geöffnet, sie mit unendlich vielen Menschen gefüllt, die sonst an der

wichtigen Arbeit des deutschen Bundestages vorübergegangen wären.

- - - - -

Schweiz: eine halbe Milliarde Militärausgaben

O.Z. Zürich, 1. November.

In einer ausserordentlichen Session haben die eidgenössischen Räte eine Übergangslösung zur Bundesfinanzreform beschlossen, um den

Bundeshaushalt für das kommende Jahr zu sichern. Diese Übergangslösung soll im März nächsten Jahres der Volksabstimmung unterworfen werden.

Inzwischen hat der Bundesrat den Entwurf zum Voranschlag der Eidgenossenschaft für 1950 dem National- und Ständerat zugeleitet und gleichzeitig veröffentlicht.

Die Grundzahlen der für 1948 abgeschlossenen Haushaltsrechnung weisen einen Einnahmehüberschuss von noch 199 Mill. Fr. aus. Die Voranschläge für 1949 ergeben dagegen ein Defizit von einer Million, für 1950 einen Ausgabenüberschuss von 315 Mill. Franken.

Die Einnahmeseite des Voranschlages für 1950 spiegelt die besondere, weil durch die ausgebliebene Bundesfinanzreform nicht gelöste

Steuersituation wider. So steht in diesem Voranschlage ein Steuerertrag von nur 436 Millionen verzeichnet, während das Steueraufkommen schon 1948 insgesamt 969 Millionen betrug und der Steuerertrag

9.11.1949

für 1949 rund 700-Millionen Franken ausmachen wird. Tritt aber mit der Schlussabstimmung in der Dezembersession der Räte die Übergangslösung für den Finanzhaushalt des Bundes in Kraft, so wird das tatsächliche Steuerergebnis für 1950 fast eine Milliarde Franken betragen, genau 907 Millionen. Mit Recht ist dieses Steueraufkommen des Schweizer Volkes als ausserordentlich hoch charakterisiert worden.

So wird denn auch das oben erwähnte Bundesdefizit von 315 Mill. sich für 1950 in einen Bundeseinnahmenüberschuss von 156 Mill. Franken wandeln.

Von den Einzelheiten auf der Ausgabenseite des Voranschlages für 1950 ist am bemerkenswertesten die gegenüber den Vorjahren ausserordentliche Höhe der schweizerischen Militärausgaben. Nicht weniger als 518 Millionen Franken Ausgaben sind für die Armee vorgesehen.

Jeder Schweizer ist mit über 103 Fr. jährlich für das Militär belastet.

Diese Militärausgaben sind Gegenstand ernstester Besorgnisse der Bundesregierung wie der Öffentlichkeit. Wie die Dinge in Zukunft weitergehen sollen, fragen sich Bundesrat und Volk, "denn Militärausgaben in solcher Höhe können nicht aufrechterhalten werden". Es steht schon fest, dass die Dezembersession der Eidgenössischen Räte ausser dem Kampf um die Schlussabstimmung zur Übergangslösung der Bundesfinanzreform grundsätzliche Auseinandersetzungen zum Militärbudget haben wird.

Betriebsausschüsse in Finnland.

RM Stockholm. Dem finnischen Reichstag wurde ein Betriebsrätegesetz vorgelegt. Dieses Gesetz soll ein Provisorium aus dem Jahre 1946 zu einer Dauereinrichtung umgestalten. Danach soll in jedem Unternehmen, das jährlich 120 000 Arbeitstunden leistet (ca. 45-50 Arbeiter), ein "Produktions-Komitee" eingesetzt werden. Es hat nur beratende Funktion und soll sich mit der Verbesserung der Produktionsverhältnisse, der Arbeitshygiene und dem Arbeiterschutz befassen. Das Hauptorgan des finnischen Gewerkschaftsbundes bezeichnet die "Produktionskomitees" als Vorschule zu einem geschäftsführenden Organ der Betriebsdemokratie. Obwohl die sozialdemokratische Regierung sich im Reichstag nur auf eine Minderheit stützen kann, dürfte das Gesetz angenommen werden.

Saargebiet, Sicherheit, Beteiligungen.

Wir bringen hier eine etwas ausführlichere Fassung der Darlegungen Dr. Kurt Schumachers vor Pressevertretern in Hannover, deren wesentliche Punkte bereits über Agenturen und Korrespondenten verbreitet worden sind.

"In der Form der täglichen Routinearbeit ^{ist} hier in einer geschichtlich wichtigen Frage eine Entscheidung gefällt worden, die sich gegen unser Volk und auch gegen eine vernünftige europäische Ordnung richtet. Wenn man diese Ordnung schaffen will, muss man den ganzen Komplex von unten her anfassen. Es gibt Situationen, wo der Anzug gemacht werden muss und man sich nicht mit Flickwerk begnügen kann", erklärte Dr. Schumacher am Mittwoch vor Pressevertretern in Hannover zu den Vorschlägen der Bundesregierung, die im Auftrage von Dr. Adenauer in Paris überreicht worden sind.

Dr. Schumacher bestritt entschieden die Legitimation des Bundeskanzlers zu so weitgehender Selbständigkeit. Das seien Probleme, die einer gründlichen Beratung nicht allein im Schosse der Regierung bedürften. Selbst wenn Dr. Adenauer für seine Vorschläge, für die er die Verantwortung trage, im Bundestag eine Mehrheit bekommen sollte, dann wäre das nicht mehr als eine taktisch-politische Konstellation, aber nicht die Repräsentation des Willens der deutschen Bevölkerung. Die Sozialdemokratie werde diese Frage zu einem Kardinalpunkt ihrer Politik machen.

Im einzelnen erklärte Dr. Schumacher zur vorgeschlagenen Zulassung des Saargebietes zum Europarat bei gleichzeitiger Zulassung der deutschen Bundesrepublik zu den Sicherheitsangeboten und zum Problem der Kapitalbeteiligung folgendes:

Saargebiet: Wenn Deutschland den vorgeschlagenen Weg gehen würde, wäre das die Anerkennung der Autonomie des Saargebietes. Wir würden einem Zustande zustimmen, der erst durch einen Friedensvertrag geregelt werden kann. Wir würden vollendete Tatsachen schaffen, von denen man dann später sehr schwer wieder herunterkäme. Wir würden mit einem solchen Schritt uns selbst die moralische Basis für un-

unseren Anspruch auf Revision der Oder-Weisse-Linie nehmen, dann, so würde die Gegenseite argumentieren, wenn im Westen dem Friedensvertrag vorgegriffen wird, weshalb sollte das im Osten nicht auch zu Recht geschehen? Eine solche Politik wie sie von Dr. Adenauer betrieben wird, bedeute die künstliche Entfaltung des deutschen Nationalismus und die Enteuropäisierung Europas. Vorteile, die mit dieser Regelung verbunden sein könnten, würden höchstens "auf der Linie des opportunistischen Wurschtelns" liegen und in keinem Verhältnis zur Schwere des damit verbundenen politischen Rückschlages für Deutschland und dem europäischen Gedanken stehen. Die Verwirklichung dieser Politik, wie sie von Dr. Adenauer betrieben wird, wäre die akzentuierte Anerkennung einer französischen Hegemonie. Ein solches Prinzip aber sei der Tod des Gedankens einer echten europäischen Gemeinschaft.

Sicherheitsgarantien. Das Sicherheitsargument in der Demontagepolitik der Alliierten sei immer sehr schwach und unaufrichtig gewesen; erklärte Dr. Schumacher. Die volle Entwaffnung Deutschlands; der bestehende Sicherheitsapparat und die Besetzung Deutschlands seien gewiss ausreichende Garantien.

Bei dem Problem der Sicherheitsgarantien handele es sich nach der Vorstellung der Regierung im wesentlichen um zwei Dinge, um die Anerkennung der Sicherheitsbehörde durch Deutschland und den Beitritt Deutschlands zum Ruhrstatut. In der ersten Frage wäre die Sozialdemo-

kratie zu weitgehenden Konzessionen bereit. Bei der Ruhrbehörde lägen die Dinge anders. Hier seien wieder vier Punkte zu berücksichtigen:

1. die deutsche Möglichkeit, die Eigentumsverhältnisse im Ruhrgebiet nach eigenen Vorstellungen zu regeln,
2. die Frage der Übertragung des Prinzips der Kontrolle des einen grossen Wirtschaftszentrums, nämlich des deutschen, auf alle europäischen Wirtschaftszentren,
3. die bisher völlig unzureichende Berücksichtigung des arbeitenden Menschen im Ruhrstatut und in der Ruhrbehörde und
4. die sozialdemokratische Forderung, dass es sich bei alledem immer nur um eine Kontrolle und nicht um eine Verwaltung handeln dürfe.

Wenn Deutschland, so erklärte Dr. Schumacher weiter, in die Ruhrbehörde hineingehe, dann sei die Basis für eine Revision dieses Statutes zum erheblichen Teil aufgegeben. Die vermutliche Zusammen-

Zusammensetzung würde dann im wesentlichen darin bestehen," dass die Herrschaften sich über Stahl- und Blechquoten unterhalten", dass man aber über die eigentliche deutsche Position kaum sprechen würde.

Auf eine Frage erklärte Dr. Schumacher in diesem Zusammenhang, seine Partei sei weder im Umfange eines stehenden Heeres, noch im Umfange der Ostzonenpolizei für eine Wiederaufrüstung Deutschlands. Sie werde sich mit allen Kräften dagegen wenden, dass man Deutschland in eine Landsknechttrolle hineinmanöveriere.

Kapitalbeteiligungen: Dr. Schumacher erinnerte daran, dass die Sozialdemokratie stets die Sozialisierung der Ruhrindustrie gefordert habe, weil sie vor allem die Voraussetzungen für eine deutsche Einflussnahme auf die Verhältnisse an der Ruhr schaffe, während mit den Mitteln der Kapitalbeteiligungen gerade der deutsche Einfluss so weitgehend wie möglich ausgeschaltet werden sollte. Die Manager der Schwerindustrie stünden mit den Alteigentümern an der Ruhr in sehr enger Verbindung und hier bahne sich zusammen mit den führenden Persönlichkeiten der französischen Schwerindustrie ein "ganz brutales Geschäft auf Kosten des deutschen Volkes" an.

"Wir wollen", so erklärte Dr. Schumacher abschliessend, "die Aussöhnung mit Frankreich im Interesse unserer beiden Länder und als eine europäische Notwendigkeit. Was hier aber vorgeschlagen wird, ist eine Stabilisierung der französischen Hegemonie unter sehr starker Berücksichtigung der privaten Interessen einer ganz bestimmten Gruppe führender Unternehmer und Kapitalisten auf beiden Seiten."

Verantwortlich: Peter Raunau